

libertal

Vierteljahresshefte für Politik und Kultur



Guido Westerwelle macht der F.D.P. in der Opposition Mut
Mario Vargas Llosa über den Liberalismus im nächsten Jahrhundert
Peter Brinkemper: Gesamtschule, Standortkrise, Lernkultur
Giselher Schmidt schreibt über die Ultrarechten in Deutschland
Klaus von der Ropp: Südafrikas Sieg über die Reaktion
Wolfgang Jäger und Michael Walter: Liberale Parteien
im letzten Jahr der DDR
Jürgen Frölich: Revolutions-Literatur. Nachlese zu 1848
Gabriele Muschter lobt den Flach-Preis-Träger Lutz Rathenow

Klaus Freiherr von der Ropp

Das Bündnis zwischen Afrikanern und Afrikaanern

Südafrikas Sieg über die Reaktion

Der Sommer 1998 hat alle modisch gewordenen Reden von der Unrichtigkeit des auch in Deutschland verbreiteten Afro-Pessimismus Lügen gestraft. Denn ein breiter Gürtel von Staaten mit Sudan, Äthiopien und Eritrea im Nordosten, Nigeria im Westen und Angola im Südwesten ist durch existenzbedrohende Instabilität gefährdet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was von der Euphorie geblieben ist, die 1994 im In- und Ausland den Wechsel von einem weißen Minderheitsregime zu einem demokratisch legitimierten Mehrheitssystem in Südafrika begleitet hatte. War doch mit Nelson R. Mandela einer der großen Staatslenker unserer Zeit an die Stelle der weißen Rassisten getreten, ohne daß zuvor ein nahezu weltweit erwarteter Bürgerkrieg das Land zerstört hatte. Dieser Reaktion lag jedoch häufig schlichte Nativität zugrunde. Es wurden Vergleiche zum Wiederaufbau Deutschlands und Japans nach 1945 angestellt, als seien deren Gegebenheiten mit jenen Südafrikas vergleichbar! Hinzu kam, nicht nur in Deutschland, daß das konservative Lager – es war nie ganz ohne Sympathien für den »antikommunistischen« Kurs des Regimes der Afrikaaner (»Buren«) gewesen – das desolante Erbe des ancien régime nie zur Kenntnis nahm. Es übersah die immensen Schwierigkeiten des südafrikanischen Transformationsprozesses. Dem Unkundigen fällt es eben leicht, euphorisch zu sein! Liberale und Linke kannten die Probleme, begnügten sich jedoch nicht selten damit, Lösungen herbeizuwünschen.

Klaus Freiherr von der Ropp, Dr. jur., Bonn, freiberuflicher Berater für Fragen des südlichen Afrika.

In Deutschland und Südafrika sollte ein Vortrag, den der Schriftsteller Breyten Breytenbach Ende Februar 1998 in Hannover hielt¹, Politik und Wirtschaft gezwungen haben, neu nachzudenken. Breytenbach war Mitte der siebziger Jahre wegen Terrorismus in Südafrika zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt worden, von der er sieben Jahre verbüßen mußte. Jetzt überbrachte er eine Botschaft der Verzweiflung.

Herausforderung und Chance des Nach-Apartheid-Südafrika

Kaum ein anderer weißer Afrikaaner kann den Triumph und die Freude des Sieges der Afrikaner über 350 Jahre des Rassismus so nachvollziehen wie er. Breytenbach weiß wie kaum jemand sonst, daß diese Empfindungen das Denken des schwarzen Südafrika nach wie vor beherrschen. Es läßt alle Probleme, die die Regierung Mandela geerbt hat, darunter – dies eine Folge von Jahrzehnten der »Bantu Education« – horrende Arbeitslosigkeit, grenzenlose Armut, überbordende Kriminalität und eine unsinnig aufgeblähte und entsprechend teure öffentliche Verwaltung, irgendwie beherrschbar erscheinen. Nicht selten wird Scheinlösungen das Wort geredet. So etwa, wenn Afrikaner äußern, die Gewaltkriminalität sei ein »weißes« Problem, sie dagegen seien ihr seit langem ausgesetzt und hätten es gelernt, mit ihr zu leben (und zu sterben).

Anders als das Gros der weißen Afrikaaner, die seit dem Machtwechsel traumatisiert sind, hat Breytenbach die Zivilcourage, die für die wirtschaftliche und sonstige Entwicklung verhängnisvollen Ängste und Nöte der Afrikaaner anzusprechen. Er hat es nicht nötig, dem ANC liebedienernd zu begegnen. So weist er auf ihre Sorge hin, daß sich außerhalb der Provinz Westliches Kap ihre Sprache, Afrikaans, neben der Welt-

¹ Nachgedruckt in *Frankfurter Rundschau* vom 28.3.1998, S. 18 »... unerledigte Geschäfte in Südafrika ...«, S. auch *Der Spiegel* 12/1998, S. 190-195 »... über das Zusammenleben von Weißen und Schwarzen ...«

sprache Englisch nicht wird behaupten können. Hinzu kommt die Angst – die Mehrzahl der Afrikaner sind nach wie vor Bürokraten –, ihre Arbeitsplätze in der staatlichen Verwaltung und aufgrund arbeitsrechtlicher Neuerungen – das sogenannte Employment Equity Bill soll zu einer gerechten Verteilung der mittleren und höheren Positionen auf die Bevölkerungsgruppen führen – dann auch in der privaten Wirtschaft zu verlieren. Es wird also eine Umverteilung der Arbeitslosigkeit geben. Ihr entziehen sich die englischsprachigen Weißen und Juden oft durch Auswanderung; unter den Afrikanern können das nur die Höchstqualifizierten. Dasselbe gilt natürlich auch in bezug auf die Kriminalität! Anders als in Rußland und anderen postkommunistischen Staaten ist die Kriminalität in Südafrika häufig blutrünstig. Es geht die Saat der Gewalt auf, die 350 Jahre des Rassismus gesät haben. Schließlich ist Breytenbach zuzustimmen, wenn er – auch hier findet zu Recht Umverteilung statt – auf seit 1994 aufgetretene große Transformationsprobleme im staatlichen Schul- und Krankenhauswesen verweist.

Die Weisheit Thabo Mbekis

Deutlicher als seine in- und ausländischen Claqueure sieht der ANC, insbesondere seine Führung um den künftigen Staatspräsidenten Thabo Mbeki, der sich aus alledem ergebenden Gefahren für eine erfolgreiche Transformation. Sichtbar wurde das jüngst, als Mbeki nach den scharfen Attacken Mandelas auf die mangelnde Bereitschaft der Weißen, die Umgestaltung Südafrikas² voranzubringen, noch bei dem ANCKongreß³ (Dezember 1997 in Mafikeng) seine Bereitschaft zum Dialog mit den Afrikanern bekundete. Er setzte eine Politik fort, die schon früher kennzeichnend für ihn war, unter anderem – in beiden Fällen im Beisein des Verfassers dieses Artikels – im Juli 1987 in Dakar im Gespräch mit liberalen Dissidenten um Van Zyl Slabbert und von August 1993 bis April 1994 in den Verhandlungen mit den konservativen Realisten um Gene-

ral Constand Viljoen. Mbeki und seinen Kollegen in der Führung des ANC – das gilt auch für dessen Koalitionspartner SACP, die Südafrikanische Kommunistische Partei – war in bezug auf die Rolle der Afrikaner im neuen Südafrika immer zweierlei klar: Zum einen benötigt die Befreiungsbewegung deren Loyalität und großes Potential zur Stabilisierung und Entwicklung des Landes. Das gilt umso mehr, als die Bereitschaft der westlichen Welt, das neue Südafrika zu unterstützen, begrenzt ist. Hingewiesen sei hier nur auf die harte Position der EU bei den Verhandlungen über den Abschluß eines Freihandelsabkommens. Zum anderen: Sollten sie sich an den Rand gedrängt sehen, so verfügen sie noch lange Zeit über eine breite Palette von Möglichkeiten, die Kap-Republik ins Chaos zu stürzen. Also gilt es, mit ihnen zusammenzuarbeiten!

Im Sommer 1998 schenkten internationale Medien⁴ erstmals den sogenannten Kommandos Aufmerksamkeit. Zu ihnen haben sich, aufbauend auf Militärstrukturen aus der Zeit vor 1994, in der Regel afrikaanssprachige Farmer zusammengeschlossen, nachdem sie immer wieder Opfer von Mordanschlägen geworden waren und eine ineffiziente und korrupte Polizei gegen die Täter nichts ausgerichtet hatte. Hier ist bereits, wie Breytenbach Anfang 1998 warnte, Apathie in Gegenwehr umgeschlagen. Es drohen »kolumbianische« Zustände⁵, mit anderen Worten eine Privatisierung von Polizei, Strafgerichtsbarkeit und Strafvollzug, kurz: Lynchjustiz. Die Rolle der übrigens inzwischen von Drogenhändlern unterwanderten Bürgerwehr »People against Gangsterism and Drugs« in Kapstadt und Umgebung macht Woche für Woche deutlich, daß sich die »Privatisierung« nicht auf das flache Land beschränkt. Es heißt, daß die Kriminalität⁶ inzwischen landesweit von privaten Sicherheitsgesellschaften mit über 350 000 Mitarbeitern bekämpft wird. Eine offene Frage ist,

4 Suzanne Daley »Rural White South Africa: Afraid, and Armed« in *New York Times* vom 16.7.1998, S. 1. F. Räther »Die Bauern rüsten« in *Focus* vom 27.7.1998, S. 192-195.

5 S. dazu Peter Waldmann »Veralltäglicung von Gewalt: Das Beispiel Kolumbien«, S. 141-161, in *Trutz von Trotha* (Hrsg.) »Soziologie der Gewalt«, Opladen, 1997.

6 Zur Kriminalität besonders eindringlich Robert von Lucius »Die überbordende Kriminalität lähmt die Investitionen in Südafrika ...« in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.4.1998, S. 16. Wichtig sind weiter: *South African-German Chamber of Commerce and Industry* »Effects of Crime on Foreign Investment in South Africa ...«, Johannesburg, 1997 sowie *EuroChamber of Commerce and Industry in Southern Africa* »European Business Confidence in South Africa«, Johannesburg, 1997.

2 Dazu schon Winfried Veit »Einig Vaterland oder multikulturelle Föderation?/Zur Staats- und Verfassungsdiskussion in Südafrika« in *Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, 9/1992, S. 279-287.

3 Sehr kenntnisreich zu dieser Parteikonferenz Werner Vogt in *Neue Zürcher Zeitung* vom 13.12.1997, S. 29, 18.12.1997, S. 9 und 19.12.1997, S. 5.

inwieweit sie ihrerseits mit Kriminellen oder aber etwa mit früheren Berufssoldaten und Polizisten durchsetzt sind, die bemüht sind, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Mandela hat unaufhörlich darauf hingewiesen, daß seine demokratisch gewählte Regierung eines starken Partners aus den Reihen der (übrigens autoritätshörigen) Afrikaaner bedürfe. Mbeki, der nicht das Charisma seines Vorgängers hat, wird dieses Afrikaaners umso mehr bedürfen. Unter den politischen Erben des inzwischen nahezu vergessenen früheren Staatspräsidenten Frederik Willem de Klerk in der darniederliegenden ehemaligen Regierungspartei, Nationale Partei (NP), wird er ihn nicht finden. Desgleichen nicht in der (liberalen) Demokratischen Partei und anderen kleinen Parteien, da die Afrikaaner auch (!) ihnen nicht mehr vertrauen. Von ihnen hat niemand das politische Gewicht, in Verhandlungen mit dem ANC das Versagen de Klerks⁷ in den Verfassungsverhandlungen (1991/93) zu korrigieren. Dem Liberalen Slabbert ist zuzustimmen, wenn er meint, im Interesse der Stabilität der so jungen südafrikanischen Demokratie hätten, nach dem Muster der Demokratisierung Spaniens (Mitte der siebziger Jahre) und Chiles (Ende der achtziger Jahre) »autoritäre Enklaven« in die Verfassung aufgenommen werden müssen. Das war auch die Meinung der britischen Diplomaten um den überragenden Botschafter Sir Robin Renwick, die de Klerk 1989/90 zwangen, mit der schwarzen Opposition Verhandlungen über die Demokratisierung der Kap-Republik zu führen. De Klerk, der zu spät, völlig unvorbereitet und mit rassistischem Dünkel verhandelte, begegnete den Unterhändlern der ANC/SACP-Allianz, darunter den brillanten Cyril Ramaphosa (ANC), Joe Slovo (SACP) und Valli Moosa (ANC) in nicht zu überbietender Hilflosigkeit. Vielleicht wäre London gut beraten gewesen, dort aktiv zu werden, wo de Klerk und seine NP versagten. Denn natürlich war den Briten – wie auch den sie stützenden Amerikanern – klar, daß »democratic niceties will have to wait upon the overwhelming need to re-

7 Die klägliche Rolle de Klerks und seiner beiden Hauptunterhändler, Roelf Meyer und Leon Wessels, wird überaus deutlich bei Patti Waldmeir »Anatomy of a Miracle/The End of Apartheid ...«, Kapstadt, 1997. Ähnlich Heribert Adam, van Zyl Slabbert, Kogila Moodley »Comrades in Business/Post-Liberation Politics in South Africa«, Kapstadt, 1997, insbesondere S. 62-65, sowie die eingangs erwähnten Beiträge in liberal 1992 und 1996.

8 So, zu Recht, Patti Waldmeir »A long and Winding Road« in Financial Times vom 10.9.1993, S. 3.

store stability«.⁸ So wurde den südafrikanischen Beamten, trotz einer Beschäftigungsgarantie, rechtlich die Möglichkeit eingeräumt, gegen Zahlung einer Abfindung aus dem Staatsdienst auszuscheiden. Davon haben viele der tüchtigen Gebrauch gemacht, ohne daß qualifizierte Nachfolger bereitgestanden hätten. Die Folgen für die Qualität der Arbeit von Polizei, Zoll, Streitkräften sind oft katastrophal. Ebenso für die Einwanderungskontrolle: Nach Südafrika – dessen Bevölkerung ist fast zur Hälfte (oft strukturell) arbeitslos – sind inzwischen zwei bis acht Millionen Menschen, darunter nicht wenige Kriminelle⁹, aus afrikanischen und ostantropäischen Staaten illegal eingewandert. Südafrika hat eine starke Regierung, ist jedoch ein schwacher Staat! Das desolote Erbe des ancien régime wird jedoch, wenn überhaupt, nur eine starke Regierung in einem starken Staat in den Griff bekommen.

Die Stärke der Verlierer

Einzig Constand Viljoen hat die Autorität, hier Abhilfe zu schaffen und die Afrikaaner von ihrer Lähmung zu befreien. Er wird daher abermals der Partner des ANC sein. Erinnert sei an ihre bereits erwähnten Verhandlungen, die Ende April 1994, nur Stunden vor der ersten demokratischen Wahl, im Beisein von US-Botschafter Princeton Nathan Lyman und seines neuen britischen Kollegen, Sir Anthony Reeve, zur Unterzeichnung des »Accord on Afrikaner Self-Determination« führten und damit den anderenfalls sicheren Ausbruch eines Bürgerkrieges verhinderten. Dieses Abkommen, es wurde mit Artikel 235 in die Verfassung von Mitte 1996 aufgenommen, sieht die Möglichkeit der Schaffung eines nicht-rassistischen »Volksstaats«¹⁰ der Afrikaaner, also ein Selbstbestimmungsrecht auf territorialer Basis und weitere Elemente einer kulturellen Selbstbestimmung vor.¹¹ Eine Regelung vergleichbar jener zu Gunsten der Deutschen in der Sowjetunion in der Zeit von 1924 bis 1941: Auch sie verfügten über eine autonome Republik am Unterlauf der Wolga und über geschlossene, also deutschsprachige

9 Zur Rolle nigerianischer Drogenhändler s. A. Smoltczyk »Rauschgift-Report ...« in Der Spiegel, 48/1997, S. 138-167.

10 Dazu Werner Vogt »... träume von einem Silicon Valley im Nordkap« in NZZ vom 7.7.1998, S. 5.

11 Präzise zu alledem Martin Pabst, Südafrika, (Becksche Reihe Länder), München, 1997.

Siedlungen bis weit nach Sibirien hinein. Die junge Sowjetmacht sah darin eine wirksame Maßnahme, den Widerstand der deutschstämmigen Sowjetbürger gegen die neue Ordnung zu brechen.

Die ANC/SACP-Allianz ist heute wohl bereit, Viljoen entgegenzukommen und das Abkommen von Ende April 1994 zu realisieren. Denn auch ihr ist klar, daß Viljoen ob seiner bisherigen Erfolglosigkeit an Rückhalt bei den Afrikanern verloren hat. Und an seine Stelle wird, wovon der liberale Politikwissenschaftler Lawrence Schlemmer seit Jahren warnt, ein Rechtsradikaler treten und Südafrika zerstören. So wird der ANC korrigieren, was, in den zutreffenden Worten von Slabbert, NP und de Klerk selbst in den Verfassungsverhandlungen anrichteten: »They sold out the poorer Afrikaners because they felt more confident about their own ability to either survive in, or leave the new South Africa.«

Die ANC/SACP-Allianz wird auf Jahrzehnte alle Wahlen in Südafrika gewinnen. Und dennoch wird Mbeki sowohl Viljoen als auch den Führer der konservativen Zulus und Präsidenten der Inkatha Freiheits Partei, Mangosuthu Buthelezi, in Schlüsselpositionen seiner Regierung aufnehmen. Und er wird weitere Anleihen bei dem 1995 für Bosnien-Herzegowina geschlossenen Friedensabkommen von Dayton machen. So wird das neue Südafrika dank des Bündnisses zwischen Afrikanern und Afrikanern sehr autoritär regiert werden; es wird jedoch Stabilität zurückgewinnen und hoffentlich jene in- und ausländischen Inve-

stitutionen anziehen, deren es bedarf, um seine oft sehr veralteten Produktionsstätten zu modernisieren. Das alte Südafrika war faktisch aus dem GATT ausgeschlossen. Es schuf hohe Schutzzollmauern, hinter denen sich die Erzeugnisse solcher Unternehmen trotz viel zu hoher Produktionskosten verkaufen ließen. Seit der Mitgliedschaft in der WTO sind die Schutzzölle dramatisch abzubauen. Mit guten Gründen beurteilen etwa die deutschen Unternehmen, die sich Mitte der neunziger Jahre zur Initiative Südliches Afrika der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossen haben, die ökonomischen Perspektiven¹² Südafrikas positiv. Das jedoch unter einer doppelten Voraussetzung: Pretoria bleibt aller Kritik aus dem eigenen Lager zum Trotz seiner GEAR (Growth, Employment and Redistribution) genannten marktwirtschaftlichen Orientierung treu und zerstreut mit einem südafrikanischen Dayton alle Zweifel, die in bezug auf das Gelingen des Transformationsprozesses in den zurückliegenden zwei oder drei Jahren auch in der in- und ausländischen Wirtschaft aufgekommen sind.¹³ ■

12 *Einen guten Überblick gibt Karl A. Wokalek »... Südafrikas Wirtschaft ... ein Jahr vor den Wahlen«, S. 16-19, in Southern African-German Chamber of Commerce and Industry »1997-1998 Annual Report«, Johannesburg, 1998.*

13 *Der Verfasser knüpft mit diesem Artikel an zwei seiner älteren Aufsätze an, nämlich »Codesa – Triumph und Ende des südafrikanischen Liberalismus« und »Vom Umbruch zum Zusammenbruch? Das Post Apartheid-Südafrika« in liberal, Heft 3/1992, S. 47-54 bzw. Heft 2/1996, S. 69-74.*